

Pressedienst Nr. 16610  
Donnerstag, 14. September 2023

COPA-COGECA begrüßt Anerkennung des Agrarsektors durch Ursula von der Leyen . . . . .	1
Wolfsproblematik: Schmiedtbauer/Bernhuber fordern höchsten Schutz für Nutztiere . . . . .	1
VÖM: Österreichische Milchprodukte sind ihren Preis wert . . . . .	2
Deutschsprachige Bäuerinnen- und Landfrauenverbände zum "Arbeitsplatz Bauernhof" . . . . .	5
Neue AMA-Marketing Kampagne: "Das hat einen Wert" . . . . .	7
Erneuerbare Wärmegeesetz: proPellets Austria appelliert an politische Ernsthaftigkeit . . . . .	8
Strasser: Lassen uns als Bauern nicht auseinanderdividieren . . . . .	9
Landjugend-Next Generation Tour-Stopp in Lamprechtshausen - Salzburg . . . . .	11
6.950 neue Wildwarngeräte in Niederösterreich für mehr Verkehrssicherheit installiert . . . . .	12

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



**Die Niederösterreichische  
Versicherung**

## **COPA-COGECA begrüßt Anerkennung des Agrarsektors durch Ursula von der Leyen**

"Strategischen Dialog" über Zukunft der EU-Landwirtschaft angekündigt

Brüssel, 14. September 2023 (aiz.info). - Erfreut zeigt sich der Dachverband der EU-Landwirte und -Genossenschaften, COPA-COGECA, über die Rede zur Lage der Europäischen Union von Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen**, die sich darin wertschätzend über die Arbeit und das Durchhaltevermögen europäischer Landwirtinnen und Landwirten äußerte. COPA-COGECA begrüßt die Ankündigung der Kommissionspräsidentin für einen "strategischen Dialog" über die Zukunft der Landwirtschaft in Europa. "Wir sind bereit, einen Beitrag zu leisten. Wir warten jedoch auf weitere Einzelheiten zum Rahmen dieses Dialogs, der Teil der vorbereitenden Arbeiten zur zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sein sollte", erklärt die Interessenvertretung. "Wir brauchen mehr Dialog und weniger Polarisierung, das ist eine Botschaft, die wir seit Monaten vermitteln, und wie die Kommissionspräsidentin sind auch COPA und COGECA überzeugt, dass Landwirtschaft und Naturschutz Hand in Hand gehen können."

Um eine Polarisierung zu vermeiden, müsse sich die EU der Interessenvertretung zufolge von ideologischen Lösungen beziehungsweise Zielen lösen und die Folgen politischer Initiativen anhand wissenschaftlich fundierter Folgenabschätzungen sachlich betrachten. "Wir hoffen daher, dass dieser 'strategische Dialog' mit einer Analyse der bereits auf dem Tisch liegenden Green-Deal-Politiken beginnt und dass alle neuen Vorschläge einer Machbarkeits- und Haushaltsbewertung unterzogen werden, um die Ambitionen der EU mit ihren Ressourcen in Einklang zu bringen", so COPA-COGECA.

Besorgt ist dagegen die Interessenvertretung über die Entschlossenheit der Kommissionspräsidentin, die Handelsverhandlungen mit dem Mercosur-Block abschließen zu wollen. "Wir brauchen von diesen Ländern ein festes Engagement für ökologische Nachhaltigkeit", beton COPA-COGECA mit Vehemenz. (Schluss)

## **Wolfsproblematik: Schmiedtbauer/Bernhuber fordern höchsten Schutz für Nutztiere**

Zahl der Großraubtiere in Europa steigt exponentiell - Wölfe nicht vom Aussterben bedroht

Straßburg, 14. September 2023 (aiz.info). - Das EU-Parlament hat erneut über eine Überprüfung des strengen Schutzstatus von Wölfen in Europa diskutiert, während kürzlich die EU-Kommission zur Erhebung aktueller Daten rund um das Thema Wolf unter der Mailadresse EC-WOLF-DATA-COLLECTION@ec.europa.eu bis zum 22. September aufgerufen hat. "Wir sind froh, dass die EU-Kommission endlich auf die jahrelangen Warnungen vor den Folgen von exponentiellem Wachstum von Wolfsbeständen in Europa reagiert und jetzt Daten in den Mitgliedsstaaten erhebt. Außerdem ist es nur zu begrüßen, dass auch die Kommissionspräsidentin seit neuestem von einer echten Gefahr für unsere Nutztiere und einer potenziellen Gefahr für Menschen spricht - auch wenn wir diese Aussagen gerne früher von ihr gehört hätten", sagen die ÖVP-Landwirtschaftssprecherin im Europaparlament, Simone Schmiedtbauer, und

ÖVP-Umweltsprecher im Europaparlament, Alexander Bernhuber. Sie rufen zur regen Teilnahme an der Befragung der EU-Kommission auf.

"Ich habe jahrelang als Agrarsprecherin dafür gekämpft, dass Brüssel endlich hinschaut, wenn es um die großen Probleme geht, die durch die Ausbreitung von Großraubtieren verursacht werden. Diese Bemühungen haben im November des Vorjahres erste Früchte getragen: Im Europaparlament gab es breite Unterstützung für einen deutlichen Weckruf an die EU-Kommission zum Thema Wölfe, wo wir unter anderem eine Neubewertung des Schutzstatus und eine Herabsetzung von den strengen Regeln fordern. Ich begrüße es, dass die EU-Kommission nun reagiert und eine Tiefenanalyse gestartet hat und bin überzeugt davon, dass eine genauere Betrachtung ergeben wird, dass der Erhaltungszustand der Wölfe in Europa das strenge Schutzniveau nicht mehr rechtfertigt. Das bekräftigen bereits Stimmen aus der Wissenschaft. Die Tiefenanalyse muss diese Stimmen berücksichtigen. Vor allem im alpinen Raum sind viele von uns bereits an der Belastungsgrenze angelangt. Wir brauchen jetzt den höchsten Schutz für unsere Nutztiere, statt für Wölfe. Es braucht ein aktives Management", sagt Schmiedtbauer.

"Die Wolfspopulation in Europa wächst rasant, und parallel dazu wachsen die Schäden für unsere heimische Alm- und Weidewirtschaft. Allein in Österreich wurden heuer bis August 360 Tiere vom Wolf gerissen. Es ist höchste Zeit, dass die EU-Kommission aus ihrem Dornröschenschlaf aufwacht und den Schutzstatus ändert. Hier geht es um die Lebensgrundlage unzähliger bäuerlicher Familien und um die Sicherheit im ländlichen Raum, die massiv unter den Verlusten leidet, die der Wolf verursacht. Ich appelliere daher an die Bevölkerung, Kommunen, Wissenschaft und Betroffene: Bitte nehmen Sie diese Möglichkeit wahr und melden Sie Vorfälle, Beobachtungen und Daten im Zusammenhang mit Wölfen und anderen Raubtieren über die extra eingerichtete Email-Adresse der Kommission. Das wäre ein wichtiger Beitrag zu evidenzbasierter Politik und einem realistischen Bild der Problemlage", sagt Bernhuber. (Schluss)

## **VÖM: Österreichische Milchprodukte sind ihren Preis wert**

Nachhaltigkeit und Herkunft werden immer wichtiger

Wien, 14. September 2023 (aiz.info). - "Nach den rasanten Preis- und Kostenanstiegen im letzten Jahr infolge der Verunsicherungen durch den Ukrainekrieg hat der Milchmarkt mittlerweile wieder gedreht. Preisdruck, Inflation, allgemeine Zurückhaltung im Einkaufsverhalten, Konjunkturschwäche und anhaltend hohe Kosten bestimmen aktuell den Milchmarkt. Zunehmend wichtiger und ausgebaut werden die Nachhaltigkeits- und Qualitätsstrategie, zuletzt besonders im Tierwohlbereich", erklärte der Präsident der Vereinigung Österreichischer Milchverarbeiter (VÖM), **Helmut Petschar**, anlässlich der Milchwirtschaftlichen Tagung vom 14. bis 15. September in der HBLFA Tirol in Straß im Zillertal, die in Zusammenarbeit mit der Tirol Milch und der Bundesanstalt Rotholz ausgerichtet wird.

Das Jahr 2022 war durch stark steigende Preise und Kosten auf den Rohstoff- und Produktmärkten infolge der Verknappungen und Verunsicherungen durch den Ukrainekrieg geprägt, die auch die Milchwirtschaft mit höheren Preisen und stark steigenden Kosten erfassten. Die österreichische Milchwirtschaft konnte dabei so wie schon in der Coronazeit eine kontinuierliche Versorgung Österreichs mit hochwertigen Milchprodukten immer sicherstellen.

2023 haben sich die Märkte gedreht, Inflation, Kaufzurückhaltung bei den Konsumenten, gedämpfte weltweite Nachfrage und eine anhaltend hohe Kostensituation prägen die Situation am Markt. Dazu kommen Ausweitungen der Milchproduktion in wichtigen Ländern der EU, wie Deutschland, den Niederlanden oder Polen und damit der EU insgesamt, was zu rückläufigen Preisen führte.

#### Strengere Auflagen bei Bio

Die Milchanlieferung konnte in Österreich 2022 um 2,9% auf 3,5 Mio. t gesteigert werden, heuer lag die Anlieferung bisher zirka 1% über dem Vorjahr. Auffallend ist ein Rückgang der Biomilchanlieferung seit dem letzten Jahr. Diese fiel von 19,4 im Jahr 2021 auf mittlerweile 18,1%, dies ist aber nach wie vor mit Abstand der EU weite Spitzenwert. Ursache dafür dürften die verschärften und teils unpraktikablen Vorgaben aus der neuen EU Bio-Verordnung samt neuer Weideregulierung sein.

#### Rückläufige Erzeugermilchpreise

Die Milcherzeugerpreise erreichten in Österreich mit Jahreswechsel ihren Höchststand, wobei dieser Spitzenwert in Österreich niedriger und auch später als z. B. in Deutschland erreicht wurde. Gründe dafür liegen in der verzögerten bzw. nur teilweisen Umsetzung der internationalen Preisentwicklung in Österreich im vergangenen Jahr, der starken Handelskonzentration und in den Produktsortimenten. Die Erzeugerpreise für gentechnikfreie, konventionelle Qualitätsmilch (4,0% Fett, 3,4% Eiweiß) beliefen sich für den Zeitraum Jänner bis Juli 2023 auf 51,35 ct/kg netto, 20,2% über dem Vorjahreswert, bzw. 61,02 ct/kg im Durchschnitt aller Qualitäten incl. USt. (2022: 52,02 ct/kg). Im Juli 2023 lagen die Werte mit 46,79 (minus 4,0%) bzw. 55,07 ct/kg (minus 4,6%), infolge der Preisrückgänge seit Beginn des Jahres erstmals unter den Preisen des Vorjahres, angesichts der anhaltend hohen Kosten eine schwierige Situation.

Das Jahr 2022 brachte für die Milchwirtschaft und die Milchbauern damit Umsatzausweitungen, die aber zur Abdeckung der massiv gestiegenen Kosten auf den Bauernhöfen und in der Milchverarbeitung, in der Logistik und der gestiegenen Energie- und Lohnkosten dringend gebraucht wurden. Die Milchwirtschaft hat von den gestiegenen Preisen die Gewinne nicht erhöht, das Ergebnis vor Steuern (EvS) der öst. Milchverarbeiter ist gemäß einer Hochrechnung des Revisionsverbandes des OÖ -Raiffeisenverbandes mit 0,2% bezogen auf den Umsatz weiterhin sehr knapp.

Die Mehreinnahmen wurden zur Abdeckung der massiv gestiegenen Kosten und zur Erhöhung der Erzeugermilchpreise für die Milchbauern, die ebenfalls mit massiven Kostensteigerungen zu kämpfen hatten, verwendet. Unterstützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand haben in der Milchwirtschaft bisher nicht gegriffen.

#### Inflation bei Milchprodukten geringer als in anderen Ländern

Bestimmendes Thema im abgelaufenen Jahr war die Debatte zur Teuerung und Inflation. Infolge der internationalen Marktentwicklung kam es zunächst bei Butter, später bei Milchprodukten und Lebensmitteln generell zu überdurchschnittlichen Steigerungen und öffentlichen Diskussionen, vor allem bei den Steigerungen, nicht bei den mittlerweile bereits wieder eingetretenen Rückgängen, die bei anderen Kostenfaktoren nicht erfolgten. Eine vergleichende Analyse zeigt, dass die Teuerung bei Butter und Milchprodukten in Österreich geringer als im EU -Durchschnitt oder in Deutschland ausgefallen ist, während die Inflation insgesamt in Österreich über dem Durchschnitt lag. Über das

Jahr 2022 betrug die Inflation in Österreich insgesamt 8,6%, in Deutschland 8,7% und in der EU 9,2%; für Lebensmittel 10,6% in Österreich, in Deutschland 13,2% und in der EU 12,2%; für Milchprodukte 13,7% in Österreich, in Deutschland 19,6% und in der EU 15,7%; für Butter 31,1% in Österreich und 39,6% in Deutschland.

Die Werte für Juli zeigen ein ähnliches Bild: Mittlerweile ist Butter z. B. um 10% billiger als vor einem Jahr und die Inflation in Österreich bei Milchprodukten ist eine der geringsten in der EU. Die geringere Inflation von Lebensmitteln und Milchprodukten in Österreich trägt massiv zur Entlastung der Gesamtinflation bei. Vorwürfe gegen angeblich zu hohe Preise für Milchprodukte entbehren daher jeder Grundlage.

#### Sparsameres Einkaufsverhalten

Die umfangreiche Diskussion führte neben einer allgemeinen Konjunkturverunsicherung zu einem vorsichtigeren Kaufverhalten beim Konsumenten, vor allem, was höherwertige Produkte betrifft. Den Handelsketten ist es unter dieser Konstellation gelungen, die Marktanteile für ihre Eigenmarken weiter auszubauen.

Im Außenhandel konnte die österreichische Milchwirtschaft weiter zulegen. Gemäß Zahlen der Statistik Austria stiegen in den ersten sechs Monaten 2023 die Exporte um 12,6%, die Importe um 8,1%, was zu einem um 20,9% höheren, positiven Handelssaldo führte.

#### Österreichische Milchwirtschaft ist sehr nachhaltig

Die österreichische Milchwirtschaft ist bekannt für die hohen Nachhaltigkeitsstandards: Gentechnikfreiheit seit über 10 Jahren, Gras, Silage oder Heu als wichtigste Futterbasis, Verbot von Soja aus Übersee und Palmölprodukten in der Fütterung zum Schutz des Regenwaldes, klein- und mittelbäuerlich geprägte Familienbetriebe, angepasste Zuchtleistungen, hohe Tierwohlstandards, Alm- und Weidehaltung und der EU weit höchste Bioanteil, ergeben die EU- weit besten Klimaschutzwerte gemäß Joint Research Institut der EU. Über die Rinderhaltung wird ansonsten für die menschliche Ernährung nicht nutzbare Biomasse in hochwertige Lebensmittel umgesetzt, die Landschaft erhalten und über Wiesen, Almen und Weiden die Artenvielfalt und Biodiversität gefördert. In der Milchverarbeitung wird neben Energieoptimierungen verstärkt auf eine erneuerbare und lokale Energieversorgung gesetzt, die Verpackungen werden nach ökologischen Kriterien optimiert und Maßnahmen zur Ökologisierung in der Logistik getätigt, um dadurch die Klimaschutzwerte weiter zu verbessern.

Aktueller Schwerpunkt sind weitere Verbesserungen beim Tierwohl, z. B das Ende der dauernden Anbindehaltung im AMA -Gütesiegel mit Ende 2023, die Entwicklung von Tierwohlprogrammen, weiters wird an einem modularen Tierwohlkennzeichnungssystem im Rahmen des AMA-Gütesiegels gearbeitet und mit dem deutschen System ITW verhandelt, um hier weiter exportieren zu können.

Nachhaltigkeit wird ein immer wichtigeres Kriterium bei Lebensmitteln. "Die österreichische Milchwirtschaft hat hier bereits einen sehr hohen Standard, den wir weiter ausbauen werden. Wir setzen hier auf Kooperation mit unseren Partnern im Handel, die Landwirte und die Konsumenten, diesen verantwortungsbewussten Weg mitzugehen," so Petschar.

## Green Deal mit neuen Herausforderungen

Mit der Umsetzung des Green Deals der EU kommen viele gesetzliche Umwelt- und klimapolitische Verschärfungen auf die Milchwirtschaft zu, die zu mehr Bürokratie, Mehrkosten und Beschränkungen in der Produktion und Verarbeitung führen werden. Hier geht es darum die richtige Balance zu finden, es darf jedenfalls nicht passieren, dass die Produktion in der EU reduziert und dafür über neue Handelsabkommen, wie zuletzt mit Neuseeland oder Mercosur zusätzliche Importmengen mit schlechteren Klimastandards ins Land kommen.

Ein wichtiger Baustein ist daher eine möglichst breite Einführung der verpflichtenden Herkunftskennzeichnung. Nur dadurch wird es für Konsumenten möglich sein, fundierte Kaufentscheidungen zu treffen, zumal die Herkunft die Summe der nationalen Standards bedeutet. Milch ist ein hervorragendes Lebensmittel, das durch Imitate nicht ersetzt werden kann. Daher sind Versuche Imitate als "Milch" zu bezeichnen auch weiterhin entschieden abzuwehren. Dem Lebensmittel Milch ist vielmehr in der Ernährungspolitik ein hoher Stellenwert einzuräumen.

## Gegen EU-Vorschläge zur Neuen Gentechnik

Im Bereich Gentechnik hat die EU-Kommission einen Vorschlag zur Neuen Gentechnik vorgelegt. Dieser sieht eine weitreichende Liberalisierung der Neuen Gentechnik mit weitgehendem Verzicht auf Kennzeichnung und Zulassung sowie Patentierung vor. Österreichs Milchwirtschaft ist gentechnikfrei und hat den EU-weit höchsten Bioanteil. Mit diesem Vorschlag wäre die "Gentechnikfreiheit" ernsthaft gefährdet. Eine aktuelle Umfrage der Arge Gentechnikfreiheit hat eine große Ablehnung der Österreicher zur Neuen Gentechnik in Lebensmitteln gezeigt. Die österreichische Milchwirtschaft möchte weiterhin gentechnikfrei bleiben und hofft daher, dass dazu passende rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen und diese EU-Vorschläge grundlegend überarbeitet werden.

"Für ein Gebirgsland wie Österreich ist die Milchwirtschaft eine unverzichtbare Schlüsselproduktion mit vielen positiven, regionalen, wirtschaftlichen und ökologischen Vorteilen, sie ist zudem ein prägender Bestandteil der kulturellen Identität und ein wichtiger Beitrag zur Ernährungssicherheit", schloss Petschar. (Schluss)

## **Deutschsprachige Bäuerinnen- und Landfrauenverbände zum "Arbeitsplatz Bauernhof"**

Neben den betrieblichen Investitionen ist die soziale Absicherung essenziell

Bozen, 14. September 2023 (aiz.info). - Die Bäuerinnen- und Landfrauenverbände aus Deutschland, Österreich, Schweiz und Südtirol vertreten rund 646.000 Bäuerinnen und Landfrauen. Die Präsidentinnen und Geschäftsführerinnen dieser Verbände trafen sich zum jährlichen Wissens- und Erfahrungsaustausch. Das diesjährige Treffen zum Thema "Arbeitsplatz Bauernhof" fand vom 9. bis 11. September 2023 in Südtirol statt.

Die Herausforderungen der Betriebsleitenden den Bauernhof als Arbeitsplatz zu führen, sind zwar in allen Ländern unterschiedlich geregelt, doch im Kern sind sie sehr ähnlich. Es sind vor allem die bürokratischen Hürden und die Auflagen, die es den Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern erschweren, den Bauernhof gesetzeskonform zu führen: Vorschriften, Brandschutz, diverse

Sicherheitsauflagen, Kontrollen, Hygienebestimmungen, Verordnungen, Nachweise. "Grundsätzlich muss der Zeit- und Kostenaufwand dafür in Relation zum Ertrag stehen", fordert Landesbäuerin **Antonia Egger** aus Südtirol, unter deren Vorsitz das 4-Länder-Treffen heuer stattfand, gemeinsam mit **Petra Bentkämper**, Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes, **Anne Challandes**, Präsidentin des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbandes SBLV und **Irene Neumann-Hartberger**, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Österreichische Bäuerinnen in der LK Österreich.

Der Bauernhof sei ein schöner Arbeitsplatz, der das selbständige Arbeiten mit und in der Natur ermöglicht. Doch stehe die Landwirtschaft vor großen Herausforderungen. Die Marktpreise, die Ansprüche der Gesellschaft an die Produktion, der Klimawandel, die steigenden Produktionskosten, die Preissteigerungen, geringe Entlohnung, geringe soziale Absicherung - all dies führe zu einer hohen psychischen Belastung bis hin zu psychischen Erkrankungen. Die Enttabuisierung dieses Themas und die Prävention sei notwendig. Darüber waren sich die vier Präsidentinnen einig.

Einig war man sich auch, dass die Frauen auf den Höfen für die Betriebe eine große Chance bieten. "Wir sehen, dass Frauen oft mit einem völlig anderen Bildungs- oder Ausbildungsweg auf die Höfe kommen, und dadurch eine andere Sicht auf die Dinge mitbringen. Sie sind motiviert, denken innovativ und leisten somit einen großen Beitrag für die Zukunft der Landwirtschaft", betonte Irene Neumann-Hartberger, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Österreichische Bäuerinnen in der LK Österreich. Was aber bisher zu wenig thematisiert wurde, sei die soziale Absicherung der Frauen. "Sie brauchen dazu Perspektiven, sonst wird es schwer werden, in Zukunft Frauen für den Arbeitsplatz Bauernhof zu begeistern," betonte Anne Challandes, Präsidentin des Schweizerischen Bäuerinnen- und Landfrauenverbandes SBLV. Die Präsidentinnen hielten beim Vierländertreffen fest: Neben den betrieblichen Investitionen ist die soziale Absicherung essenziell. Die Verantwortung dafür tragen der Betriebsleiter oder die Betriebsleiterin. Es sei aber ein gesellschaftspolitisches Thema und demzufolge muss es von allen land- und forstwirtschaftlichen Organisationen, der Beratung und der Politik mitgetragen werden.

"Jede Ehe endet entweder mit Scheidung oder Tod, das muss ich mir klarmachen, und da muss ich wissen, wo stehe ich dann", sagte Petra Bentkämper, Präsidentin des Deutschen LandFrauenverbandes. Es gehe in erster Linie ums Bescheidwissen über die rechtliche und auch um die soziale Situation. Deshalb sollte in den Schulen das Thema soziale Absicherung Einzug halten, es gehört zur Allgemeinbildung dazu, bereits Jugendlichen müssen Bescheid wissen.

Der Ländervergleich beim Vierländertreffen hat neue Möglichkeiten im Bereich der sozialen Absicherung aufgezeigt, z.B. Zusatzpunkte bei Pflegearbeit und Kindererziehungszeiten für die Höhe des Rentenbeitrages in Deutschland, Anrechnung der Kindererziehungsjahre für das Rentenalter und Pflegebonus in Österreich, soziale Absicherung verankert in der Agrarpolitik in der Schweiz. "Es gibt Möglichkeiten, und eine gemeinsame Auseinandersetzung mit diesem Thema ist dringend notwendig", fordert Landesbäuerin Antonia Egger im Auftrag der Präsidentinnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz: "Eine gute soziale Absicherung der Frauen auf den Höfen muss geboten werden, damit es für die Frauen interessant ist, den Bauernhof als Arbeitsplatz wahrzunehmen."

Eine gemeinsame Resolution der vier Bäuerinnenorganisationen kann auf der Homepage der ARGE Österreichische Bäuerinnen unter [www.baeuerinnen.at](http://www.baeuerinnen.at) eingesehen werden. (Schluss) APA OTS 2023-09-14/09:19

## Neue AMA-Marketing Kampagne: "Das hat einen Wert"

### Mehr Bewusstsein für den Wert von Lebensmitteln

Wien, 14. September 2023 (aiz.info). - Ohne Lebensmittel gibt es kein Leben. In Österreich ist das Überleben abgesichert, denn Obst, Gemüse, Fleisch, Milch und Getränke sind in Hülle und Fülle verfügbar. Konsumentinnen und Konsumenten können jeden Tag auswählen, was ihnen schmeckt und zu ihrem Lebensstil passt. Dabei ist der Preis der Lebensmittel sofort ersichtlich, die dahinterstehenden Leistungen jedoch nicht. Um den Wert von Lebensmitteln stärker ins Bewusstsein zu rufen, startet die AMA-Marketing eine neue Kampagne.

Jederzeit ausreichend Lebensmittel in Supermärkten vorzufinden, ist für viele eine Selbstverständlichkeit. Durch Ereignisse wie die Corona-Pandemie oder den Krieg in der Ukraine wurde unsere Versorgungssicherheit jedoch in Frage gestellt. Das breit gefächerte Angebot an Produkten ist zu einem großen Teil den heimischen Bäuerinnen und Bauern sowie Produzentinnen und Produzenten zu verdanken. Sie tragen wesentlich zur Versorgung der Bevölkerung bei und sind damit ein essentieller Teil der Wertschöpfungskette. Sie wissen, wie bedeutend Lebensmittel sind, was hinter der täglichen Arbeit steckt und dass der Wert nicht nur an Inhaltsstoffen, Geschmack oder Preis gemessen werden kann.

### Mehr Wertschöpfung durch Wertschätzung

Laut einer Umfrage des Marktforschungsinstituts KeyQUEST ist der Beruf "Landwirt:in" sehr hoch geschätzt, er landet bei der Frage nach zukunftssträchtigen Berufen auf Platz zwei, nur Ärztinnen und Ärzte schneiden noch besser ab. Legt man das auf Lebensmittel um, zeigt sich ein anderes Bild: In Zeiten der hohen Inflation werden lautstarke Diskussionen geführt, was Lebensmittel kosten dürfen. Die Werte-Frage bleibt dabei auf der Strecke.

Deswegen startet im September eine produktübergreifende Kampagne mit dem Claim "Das hat einen Wert". "Mit der neuen Kampagne wollen wir die Leistungen der heimischen Landwirtschaft nicht nur für die Lebensmittelproduktion, sondern auch für unsere Natur- und Kulturlandschaft greifbarer machen und das Verständnis wecken, dass Landwirt:innen und Produzent:innen von ihrer Arbeit leben können müssen. Unser Ziel ist es, mehr Wertschätzung für Qualitätsprodukte zu generieren und das Bewusstsein für Kreislaufwirtschaft, Art- und Sortenvielfalt sowie verbesserte Tierhaltung zu erhöhen", erklärt **Christina Mutenthaler-Sipek**, Geschäftsführerin der AMA-Marketing.

### Nachhaltigkeit leben, keine Lebensmittel verschwenden

"Nachhaltigkeit spielt beim Wert von Lebensmitteln ebenfalls eine wichtige Rolle: Kurze Transportwege und die Vermeidung von Lebensmittelabfällen sind dabei nicht zu unterschätzende Parameter", so Mutenthaler-Sipek. Immerhin werfen österreichische Haushalte im Jahr bis zu 157.000 Tonnen an Speisen und Getränken weg.\*

Bei den Wienerinnen und Wienern entspricht das rund 40 kg pro Jahr. Damit landen pro Haushalt und Jahr Speisen im Wert von 300 bis 400 Euro in der Tonne. "Mit einer verstärkten Bewusstseinsbildungen wollen wir der Lebensmittelverschwendung im Allgemeinen entgegenwirken und insbesondere auf den Wert regional produzierter Nahrungsmittel hinweisen", so Mutenthaler-Sipek.



\*) Quelle: Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO)

Preis ist nicht gleich Wert

Regional einzukaufen kann auch wirtschaftlich ein Game-Changer sein. Denn Berechnungen ergaben\*\*, dass Österreicherinnen und Österreicher beim täglichen Einkauf sogar Jobs schaffen können: Wenn rund 20% mehr heimische Lebensmittel gekauft werden, ergibt das ein Plus von 46.000 neuen Arbeitsplätzen.

Um von diesem Beruf aber auch leben zu können, muss der Preis der Produkte angemessen sein. Die Kosten sehen Konsumentinnen und Konsumenten beim Einkaufen sofort, die dahinterstehende Arbeit ist für viele nicht ersichtlich. "Lebensmittel müssen uns mehr wert sein", appelliert Mutenthaler-Sipek, "Zu regionalen Qualitätsprodukten aus kleinstrukturierter Produktion zu greifen hat viel mit Haltung und der bewussten Entscheidung zu tun, in welcher Umwelt wir leben wollen", hält sie fest.

\*\*\*) Quelle: JKU-Linz und der Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung (GAW)

Multimediale Kampagne startet

Der Fokus der produktübergreifenden Kampagne liegt auf der Herstellung von Lebensmitteln. Es wird gezeigt, was es alles für die Produktion braucht und vor allem, wie viel Know-how und Anstrengung dahinterstecken. Produziert wurde die Kampagne auf landwirtschaftlichen Familienbetrieben, wodurch realitätsnahe Bilder entstanden sind. Im Anschluss an eine mehrwöchige Teaser-Phase, werden die verschiedenen Werbeformate ab 14. September 2023 bis Ende des Jahres über TV, Radio, Kino, Social Media und Werbemedien im öffentlichen Raum ausgespielt. Zu sehen sind die Spots aus den Bereichen Milch, Fleisch, Getreide sowie Obst und Gemüse sowohl im ORF als auch auf den Privatsendern. Die Media-Ausgaben betragen bis Jahresende ca. 4 Millionen Euro. Der Schwerpunkt liegt mit 57% des Budgets auf Bewegtbild (TV und Online). Die Nettoreichweite der Kampagne beläuft sich auf 83%. (Schluss) APA OTS 2023-09-14/09:33

## Erneuerbare Wärme gesetz: proPellets Austria appelliert an politische Ernsthaftigkeit

Rakos warnt vor Vertrauenskrise zwischen Wirtschaft und Politik

Wien, 14. September 2023 (aiz.info). - Für Unverständnis sorgt bei proPellets Austria, dass das Erneuerbare Wärme gesetz (EWG) weiter auf die lange Bank geschoben wird. Dabei habe die Pelletindustrie in den vergangenen zwei Jahren 300 Mio. Euro in die Energiewende hin zu erneuerbaren Alternativen statt fossiler Brennstoffen investiert - die Grundlage des EWG für den nötigen Wandel in der Wärmeversorgung. "Ohne dieses Gesetz wird die Energiewende scheitern", warnt proPellets Austria Geschäftsführer **Christian Rakos** vor einer Vertrauenskrise zwischen Wirtschaft und Politik. Immerhin würden mehr als 30% des gesamten Energieverbrauchs in Österreich auf die Raumwärme entfallen.

"Ursprünglich im Sommer 2022 zur Begutachtung vorgelegt und seit dem 2. November 2022 als Regierungsvorlage im Parlament, schien das EWG endlich den lang ersehnten Weg für den schrittweisen Umstieg von fossilen Heizungen auf erneuerbare Alternativen zu ebnen", so Rakos.

Jüngste Äußerungen von VP-Energiesprecherin Tanja Graf gegenüber dem Kurier, die Partei wolle sich das EWG nochmals "mit Hausverstand" anschauen, haben die Diskussion erneut angefacht.

Dabei hätten heimischen Unternehmen erkannt, dass der Übergang zu erneuerbaren Energien und nachhaltigen Wärmequellen nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll sei. Doch um diesen Weg erfolgreich zu beschreiten, seien klare und stabile politische Rahmenbedingungen nötig, so Rakos. Die heimische Wirtschaft habe allein in den letzten Jahren neben gewaltigen Investitionen in die Pelletproduktion hunderte von Millionen Euro in die Forschung, Entwicklung und Produktion von alternativen Technologien für die Wärmeversorgung investiert. Fabriken zur Erzeugung von Wärmepumpen und Pelletheizungen seien, nicht zuletzt in Erwartung des EWG, ausgebaut worden.

"Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die politische Führung unseres Landes das EWG mit der gebotenen Ernsthaftigkeit behandelt. Wir können es uns nicht leisten, das Vertrauen der Wirtschaft in die Politik zu verlieren, wenn wir die Investitionen für die dringend notwendige Energiewende vorantreiben wollen", betont Rakos weiter. "Die Pelletwirtschaft hat in den letzten zwei Jahren zehn neue Pelletierwerke gebaut, um den steigenden Bedarf zu decken, und jetzt sollen wir weiterhin auf Gas und Öl setzen? Obwohl heimische Pellets weniger als halb so viel kosten wie Erdgas?"

Fossile Brennstoffe seien schlecht für die Umwelt und hätten Österreich in die Inflationsspirale getrieben. Jährlich gibt Österreich laut proPellets Austria über 19 Mrd. Euro für den Import von Öl und Gas aus.

Investitionen statt Strafzahlungen

"Es ist bedauerlich, dass wir sogar mit den finanziellen Folgen argumentieren müssen, deren Höhe das Finanzministerium auf fast 5 Mrd. Euro schätzt", so Rakos verärgert und führt weiter aus "sollte nicht allein die Aussicht auf die Klimakatastrophe, die unsere Kinder und Enkelkinder erleben werden, ausreichend bedeutsam sein?" (Schluss)

## **Strasser: Lassen uns als Bauern nicht auseinanderdividieren**

Anschuldigungen bezüglich Ausgleichszahlungen sind absolut fehl am Platz und mehr als entbehrlich

Wien, 14. September 2023 (aiz.info). - Der Grüne Bericht gibt jährlich Auskunft über die wirtschaftliche Situation der Land- und Forstwirtschaft in Österreich. Nach langjähriger Stagnation ist heuer ein kurzfristiges Plus von 42% bei den durchschnittlichen Einkommen der rund 2.000 freiwillig buchführenden Betriebe zu verzeichnen, was ÖVP-Agrarsprecher und Bauernbund-Präsident **Georg Strasser** als "notwendiges Durchschnaufen bei den bäuerlichen Einkommen vor neuerlich schwierigen Zeiten, die sich bereits jetzt abzeichnen" beschreibt. "Während anderen Berufsgruppen eine jährliche Anpassung ihrer Gehälter so sicher ist wie das Amen im Gebet, können die Bäuerinnen und Bauern davon meist nur träumen. Hohe Preise für Betriebsmittel und Energie bei gleichzeitig sinkenden Erzeugerpreisen bringen uns bereits jetzt wieder unter Druck. Umso mehr gilt es, alles dafür zu tun, die Produktion im Land zu stärken und die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln zu sichern", betont Strasser.

"SPÖ-Anschuldigungen entbehren jeglicher Substanz"

Kein Verständnis hat der Landwirtschaftssprecher der Volkspartei für Vorwürfe der SPÖ, wonach Ausgleichszahlungen ungleich verteilt und kleine Betriebe im Stich gelassen würden: "Diese Querschüsse entbehren jeglicher Substanz. Wir lassen uns als Bauernschaft nicht durch solche Angriffe auseinanderdividieren. Nur noch 2% der Bevölkerung sind für die Versorgung der anderen 98% mit Lebensmitteln, Energie und Rohstoffen verantwortlich, eine künstlich erzeugte Neiddebatte ist fehl am Platz. Außerdem stellen wir schon auch die Frage, wo die SPÖ eine Grenze zwischen kleinen und großen Betrieben zieht - die durchschnittliche landwirtschaftliche Fläche eines Betriebes macht in Österreich nur 23,6 ha aus", so Strasser.

Ein Blick in den Grünen Bericht belegt klar, dass die Höhe öffentlicher Gelder bei sämtlichen Betriebsformen über die Jahre hinweg konstant ist, hält Strasser fest: "Von einer mutwilligen Umverteilung öffentlicher Gelder zulasten einiger Weniger kann keinesfalls die Rede sein. Die höheren Einkommen im letzten Jahr ergeben sich hauptsächlich durch volatile Agrarmärkte und die Folgen der Teuerung in vielen Bereichen. Der Anteil öffentlicher Gelder am Einkommen ist damit sogar deutlich gesunken und überdies in den letzten Jahren nahezu unverändert geblieben."

Sämtliche Zahlungen erfolgen transparent und nach objektiven Kriterien, wobei ein immer größeres Augenmerk auf Umweltleistungen gelegt wird, führt Strasser aus: "Mit der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2023 haben umweltbezogene Zahlungen zugelegt. Dass die neuen Programme angenommen werden, zeigen uns einige Eckdaten: Mehr als 80% der landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich nehmen am Agrarumweltprogramm ÖPUL teil, 27% der Fläche werden biologisch bewirtschaftet und die Biodiversitätsflächen sind von 150.000 ha auf 210.000 ha angewachsen. Für derartige Mehrleistungen braucht es aber auch eine faire Abgeltung, um Umweltschutz nicht zur Existenzbedrohung für unsere Bauernfamilien werden zu lassen. Ausgleichszahlungen kommen allen zugute, vom Futterbau- oder Veredelungsbetrieb bis zu den Bergbauern. Den Vorwurf einer Bevorteilung großer Betriebe weisen wir daher aufs Schärfste zurück Anstatt willkürliche Schnellschüsse zu treffen, setzen wir alles daran, die erfolgreiche kleinstrukturierte Land- und Forstwirtschaft in Österreich nachhaltig zu festigen und unseren Bäuerinnen und Bauern den Rücken zu stärken", so Strasser.

"Arbeiterschwernis für Bauernfamilien den Riegel verschieben"

"Während andere ständig Konzepte entwerfen, um die ohnehin anspruchsvolle Arbeit in der Land- und Forstwirtschaft noch weiter zu erschweren, setzen wir uns für praktikable Lösungen im Sinne unserer Bauernfamilien ein", so Strasser, der die Besteuerungspläne des SPÖ-Vorsitzenden Andreas Babler kritisiert: "Erbschafts- und Vermögensteuern könnten jene unschuldig zum Handkuss bitten, die täglich für die Versorgung unserer Gesellschaft sorgen. Unsere Bäuerinnen und Bauern brauchen Grund und Boden, Maschinen und Gebäude als Produktionsgrundlage und können davon auch nicht abbeißen. Jede weitere Form der Substanzbesteuerung würde daher absolut in die falsche Richtung führen und wird von uns auch vehement abgelehnt." (Schluss) APA OTS 2023-09-13/15:59

## Landjugend-Next Generation Tour-Stopp in Lamprechtshausen - Salzburg

### Brücken zwischen Produzenten und Konsumenten bauen

Lamprechtshausen, 14. September 2023 (aiz.info). - Mit den Zielen Generationen verbinden, Konsumenten und Produzenten zusammenbringen sowie die Region stärken setzte die Landjugend Lamprechtshausen ihr diesjähriges Projekt "Im Ort, vor Ort" um. In unzähligen Projektstunden wurde daran gearbeitet, die heimischen Produkte aus der Region in Szene zu setzen und im Ort, vor Ort zu präsentieren.

Im Detail wurde im Rahmen des Projekts die Broschüre "Lamprechtshausner Direktvermarkter stellen sich vor" gestaltet, die die Vermarktenden der Region und deren Erzeugnisse aus unterschiedlichsten Bereichen in einer handlichen Ausgabe ablichtet und die Vielfalt der heimisch hergestellten Produkte aufzeigt. Das Interesse und die Unterstützungsangebote waren enorm. Aus ursprünglich geplanten 40 Seiten wurden 60 Seiten, auf denen die Händler:innen der Umgebung vorgestellt werden. Die Landjugend übernahm dabei die Gestaltung, Fotografie, Design und Druck.

Das fertige Ergebnis konnte dann am 10. September, beim krönenden Abschluss, dem heimischen Markt bewundert werden. 20 Aussteller:innen aus der Region beteiligten sich ebenfalls daran. Heimisch gefertigte Produkte aus Holz, Glas oder Stoff sowie Lebensmittel von Eiern über Wild bis zu Essig wurden an die Lamprechtshausner:innen gebracht. Generationenübergreifend wurden gemeinsam mit dem Kindergarten sowie den Senior:innen der Region Lebensmittel aus heimischen Tomaten produziert und am Markt am Generationenstand zum Verkauf angeboten.

Gemeinsam mit dem Jugendorchester und dem Ensemble der Trachtenkapelle Lamprechtshausen konnten sich zusätzlich die heimischen Musikvereine präsentieren und ein toller, musikalisch umrahmter Abschluss des Projektes auf die Beine gestellt werden.

"Es ist unglaublich schön zu sehen, wie viele Personen aus ganz Lamprechtshausen und darüber hinaus zu uns gefunden haben und welchen Anklang und Dankbarkeit das Projekt in der Bevölkerung erzeugt hat", so **Lisa Stögbuchner**, Projektleiterin "Im Ort, vor Ort"

Im Rahmen der "Landjugend - Next Generation Tour" waren zwei Bundesvorstandsmitglieder, Bundesleiter Markus Buchebner und Bundesleiter Stv. Fabian Kogler vor Ort, um den Verkauf der liebevoll hergestellten Produkte beim Generationsstand anzukurbeln und zusätzlich beim Kinderprogramm mit der "Landwirtschaft begreifen Kiste" zu unterstützen.

Was ist "Landjugend - Next Generation" ?

Mit "Landjugend- Next Generation" blickt die Landjugend positiv in die Zukunft und nimmt die Gestaltung des Lebensraumes selbst in die Hand. Aktuell wachsen Jugendliche in einer Zeit multipler Krisen und tiefgreifender Unsicherheiten auf. Nach der Pandemie, mit dem Ukrainekrieg und den fortschreitenden klimatischen Veränderungen hat sich das gesellschaftliche Zusammenleben spürbar verändert. Das Aufzeigen von Problemen schafft noch keine Lösungen. So steht die Landjugend für fokussiertes Arbeiten an Zielen, motiviertes Umsetzen von Projekten und zukunftsorientiertes Handeln, wird von der Organisation betont.

"Im Rahmen der Next Generation Tour hat sich die Landjugend Österreich zum Ziel gesetzt, jedes Bundesland bei einer Projektumsetzung zu begleiten. Die vielzähligen Projekte der Landjugendgruppen in ganz Österreich tragen zur Gestaltung und Belebung der Gemeinden bei und machen die Regionen lebenswert. Wir danken unserem Kooperationspartner Raiffeisen Club für die freundliche Unterstützung der Landjugend Next Generation Tour.", schließt **Valentina Gutkas**, Bundesleiterin-Stellvertreterin. (Schluss)

## 6.950 neue Wildwarngeräte in Niederösterreich für mehr Verkehrssicherheit installiert

Rege Beteiligung von Jägerinnen und Jägern am Projekt: "Wildtiere und Verkehr"

St. Pölten, 14. September 2023 (aiz.info). - Seit mittlerweile 14 Jahren besteht das Projekt "Wildtiere und Verkehr - Reduktion von verkehrsbedingtem Fallwild" an dem das Land Niederösterreich, der NÖ Jagdverband und die Land&Forst Betriebe Österreich (LFBÖ) in Kooperation mit der Universität für Bodenkultur Wien beteiligt sind. Eine Maßnahme zur Steigerung der Verkehrssicherheit ist das Ausbringen von Wildwarngeräten und -reflektoren. Allein heuer installieren die Jägerinnen und Jäger gemeinsam mit dem NÖ Straßendienst 6.950 optische Wildwarnreflektoren, 492 optisch/akustische Wildwarngeräte und andere Schutzmaßnahmen wie Duftstoffe in 31 neuen und 45 bestehenden Revieren. Damit werden 83 km Straße neu ausgerüstet, 21 km erhalten ein Upgrade. Die Nachtunfälle mit Rehwild können so um bis zu 70% reduziert werden, dennoch sterben rund 30.000 Wildtiere pro Jahr in Folge eines Wildunfalls auf Niederösterreichs Straßen.

Der Projektverantwortliche, **Wolfgang Steiner**, sieht die Lebensräume der Wildtiere durch Neu- und Ausbauten von Verkehrswegen immer mehr zerstückelt, wodurch die Wildtiere beim Wechsel von Ruheräumen zu Wasser und Nahrung zunehmend Straßen queren müssen. "Aufgrund der schlechten Sicht kommt es vor allem in der Dämmerung und Nacht zu Unfällen. Unser Ziel ist es daher, mit den Wildwarngeräten und -reflektoren das Wild am Queren der Fahrbahn zu hindern, wenn ein Fahrzeug kommt, und so die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Wir sammeln zudem Erfahrungswerte der Unfallprävention und werten sie wissenschaftlich aus. Das steigert die Effizienz künftiger Maßnahmen und der Geräte."

Die Geräteinvestitionssumme von 99.000 Euro tragen die Jäger:innen sowie das Land Niederösterreich. Die Planung der Maßnahmen und die wissenschaftliche Betreuung des Projektes wird vom NÖ Jagdverband finanziert und von den LFBÖ in Abstimmung mit den Jägern in den Revieren übernommen. Zudem setzen die Projektpartner in den Revieren wildbiologische, jagdwirtschaftliche und straßenbauliche Begleitmaßnahmen, wird betont.

Seit Beginn des Projektes wurden mittlerweile in 485 Revieren in Niederösterreich 125.000 Wildwarnreflektoren, 6.350 Wildwarngeräten und 37 olfaktorischen Vergrämer installiert. "Jägerinnen und Jäger leisten im Rahmen des Projekts 'Wildtiere & Verkehr' einen wichtigen Beitrag für mehr Sicherheit im Straßenverkehr und erbringen damit einen enormen Nutzen für die Allgemeinheit. Sie setzen Präventionsmaßnahmen, suchen aber auch mit Jagdhunden nach, um eine schnelle Versorgung der Wildtiere zu ermöglichen", sagt NÖ Jagdverband- Generalsekretärin **Sylvia Scherhauser**

**Scherhauber.** "Bei einem Wildunfall ermöglicht die Zusammenarbeit mit der Exekutive über das Projekt 'Gemeinsam. Sicher' eine schnellere Nachsuche und Versorgung verletzter Wildtiere. Heuer haben die Jagdaufseher zusätzlich eine Warnweste erhalten, die die Sicherheit an der Wildunfallstelle erhöht."

LFBÖ-Generalsekretär **Bernhard Budil** unterstreicht den vielseitigen Ansatz des Projekts: "Eine Maßnahme für sich kann meist noch keine umfassende Wirkung entfalten. Nur das Zusammenspiel vieler Aspekte bringt die gewünschten Ergebnisse. So ist etwa neben dem Anbringen von Wildwarngeräten auch das Wildtier- und Lebensraummanagement ein wesentlicher Bestandteil der Zusammenarbeit und trägt nicht nur zu einer nachhaltigen Landbewirtschaftung, sondern auch zu mehr Verkehrssicherheit bei."

#### Verhaltensrichtlinien bei Wildunfällen

Im Falle eines drohenden Zusammenstoßes mit einem Wildtier sollte stark gebremst und das Lenkrad gut festgehalten werden, denn Ausweichmanöver stellen ein hohes Risiko für die Insassen und andere Verkehrsteilnehmer dar. Sollte es zu Wildunfällen kommen, müssen die Fahrzeuglenker das Fahrzeug abstellen und die Unfallstelle absichern. Nach der Versorgung von verletzten Personen müssen Polizei und im Bedarfsfall die Rettung verständigt werden. Grundsätzlich muss jeder Unfall - also auch wenn das Tier flüchtet - der Polizei gemeldet und die Jägerschaft informiert werden, von der dann die Bergung übernommen wird. Das Tier darf keinesfalls mitgenommen werden. (Schluss)